

Sozialverband Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein

Krankengeldanspruch für sozialversicherungspflichtige beschäftigte Rentnerinnen und Rentner

Adressaten: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung, Bundesrat

Antrag:

Das 31. Altenparlament möge beschließen:

Die schleswig-Holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat für einen Krankengeldanspruch für sozialversicherungspflichtige beschäftigte Rentnerinnen und Rentner einzusetzen.

Begründung:

Immer mehr Rentnerinnen und Rentner gehen einer Arbeit nach. Die meisten im Rahmen eines Minijobs, eine wachsende Zahl arbeitet neben der Rente aber sogar sozialversicherungspflichtig.

Dies beinhaltet, dass neben der Einkommensteuer auch Beiträge zur Krankenversicherung anfallen. Diese Beiträge zur Krankenversicherung sorgen nicht dafür, dass im Fall einer längeren Erkrankung auch ein Anspruch auf Krankengeld entsteht.

Dies sollte geändert werden. Nicht alle Senioren arbeiten neben der Rente, weil sie Spaß daran haben. Viele sind auf das zusätzliche Einkommen angewiesen. Erkrankt ein berufstätiger Rentner ernsthaft, fällt dieses Einkommen aus – eine Lohnersatzleistung wie das Krankengeld steht ihm nicht zur Verfügung.